

VERBANDSSATZUNG des

Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Präambel

Aufgrund des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 16. Dezember 1969 (GVBl. I S. 307), geändert durch Gesetz vom 21.03.2005 (GVBl. I S. 229), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Dezember 2019 (GVBl. S. 416) sowie des Staatsvertrages zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Hessen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände vom 25. September 1975 und 9. Oktober 1975 (GVBl. I S. 308) und des Staatsvertrages zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Bayern über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften sowie Wasser- und Bodenverbände vom 3. Juli 1978 und 30. August 1978 (GVBl. I S. 71) bilden die Landkreise Aschaffenburg, Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Gießen, Groß-Gerau, Hochtaunuskreis, Limburg-Weilburg, Main-Kinzig-Kreis, Main-Taunus-Kreis, Odenwaldkreis, Offenbach, Rheingau-Taunus-Kreis, Rhein-Neckar-Kreis und Wetteraukreis, sowie die kreisfreien Städte Aschaffenburg, Darmstadt, Frankfurt am Main, Mannheim, Offenbach am Main und Wiesbaden einen Zweckverband für Tierkörperbeseitigung.

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Verbandsmitglieder, Name, Sitz, Verbandsgebiet

- 1) Verbandsmitglieder sind die in der Präambel aufgeführten Landkreise und kreisfreien Städte.
- 2) Der Zweckverband führt den Namen „Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd“.
- 3) Sitz des Zweckverbandes ist Lampertheim, Kreis Bergstraße.
- 4) Das Verbandsgebiet umfasst das gesamte Gebiet der beteiligten Landkreise und kreisfreien Städte.

§ 2 Selbstverwaltungskörperschaft

Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet sich selbst unter eigener Verantwortung durch seine Organe.

§ 3 Verbandsaufgaben, Aufgabenerfüllung

- 1) Der Zweckverband übernimmt für die beteiligten Landkreise und kreisfreien Städte die Aufgabe der unschädlichen Beseitigung tierischer Nebenprodukte gemäß den Bestimmungen des TierNebG in der jeweils geltenden Fassung und den dazu ergangenen Vorschriften.
- 2) Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedient sich der Zweckverband eines privaten Unternehmens.
- 3) Sofern die zuständige Behörde gem. § 3 Abs. 2 des TierNebG die Beseitigungspflicht auf den Inhaber einer Tierkörperbeseitigungsanstalt überträgt, wird der Zweckverband als Interessenvertretung aufrecht erhalten, um im Falle der Beendigung der Beleihung wieder die Aufgaben nach Abs. 1 zu übernehmen.

§ 4 Organe

Organe des Zweckverbandes sind:

1. die Verbandsversammlung
2. der Vorstand.

II. Verbandsversammlung

§ 5 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

- 1) Die Verbandsversammlung besteht aus jeweils einer/einem Vertreter/-in der einzelnen Verbandsmitglieder, die von ihrer jeweiligen Vertretungskörperschaft für deren Wahlzeit zu wählen sind. Für jede/n Vertreter/-in ist ein stellvertretendes Mitglied zu wählen. Mitglieder des Vorstandes sowie Bedienstete des Verbandes können nicht gleichzeitig als Vertreter/-in eines Verbandsmitgliedes der Verbandsversammlung angehören. Mitglieder der Verbandsversammlung, die in den Vorstand berufen werden, scheiden mit ihrer Berufung aus der Verbandsversammlung aus.
- 2) Die Mitglieder der Verbandsversammlung üben ihr Amt nach Ablauf ihrer Amtszeit bis zum Amtsantritt der neugewählten Mitglieder weiter aus. Die Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung erlischt, wenn die Voraussetzungen der Wahl oder der Entsendung des Mitgliedes wegfallen.
- 3) Jede/r Vertreter/-in eines Verbandsmitgliedes verfügt über eine Stimme.

§ 6 Vorsitzende oder Vorsitzender der Verbandsversammlung

- 1) Die Verbandsversammlung wählt in ihrer ersten Sitzung nach Bildung des Zweckverbandes und jeweils nach den hessischen Kommunalwahlen aus ihrer Mitte eine/n Vorsitzende/-n und eine/n Stellvertreter/-in.
- 2) Die/der Vorsitzende beruft die Verbandsversammlung ein und leitet sie.
- 3) Die/der Vorsitzende und ihr/seine Stellvertreter/-in oder ihr/-e / sein/-e Stellvertreter/-in üben ihr Amt nach Ablauf ihrer Amtszeit bis zum Amtsantritt einer/eines neugewählten Vorsitzenden und einer/eines neugewählten Stellvertreterin/-s aus.

§ 7 Sitzungen der Verbandsversammlung

- 1) Die Verbandsversammlung tritt so oft zusammen, wie es die Geschäfte erfordern. Sie ist jedoch mindestens einmal jährlich einzuberufen.
- 2) Die Einladung zu den Sitzungen der Verbandsversammlung muss schriftlich erfolgen. Sie muss Tagungszeit und -ort und die Beratungsgegenstände angeben und den Mitgliedern der Verbandsversammlung spätestens zwei Wochen vor der Sitzung zugehen. In dringenden Fällen kann die/der Vorsitzende der Verbandsversammlung die Frist bis auf drei Tage abkürzen. In der Einladung ist auf die Dringlichkeit der Sitzung und die Abkürzung der Frist ausdrücklich hinzuweisen.
- 3) Für den Fall des Nichterreichens des für die Beschlussfähigkeit gem. § 8 dieser Satzung erforderlichen Quorums, wird binnen vier Wochen erneut zu einer Verbandsversammlung mit gleicher Tagesordnung eingeladen, bei der ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen eine Beschlussfähigkeit gegeben ist. In der Ladung zur zweiten Sitzung muss darauf ausdrücklich hingewiesen werden.
- 4) Über Angelegenheiten, die nicht auf der Einladung zu der Sitzung verzeichnet sind, kann nur verhandelt und beschlossen werden, wenn zwei Drittel der satzungsmäßigen Stimmen dem zustimmen.

- 5) Die Verbandsversammlung ist unverzüglich einzuberufen, wenn Verbandsmitglieder, die mindestens ein Viertel der Stimmen auf sich vereinigen oder der Verbandsvorstand die Einberufung unter Angabe der Beratungsgegenstände beantragen.
- 6) Der Verbandsvorstand und, soweit ein/ein Geschäftsführer/-in bestellt wurde, auch diese/dieser nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung beratend teil. Sie müssen jederzeit zu dem Gegenstand der Verhandlung gehört werden.
- 7) Die Sitzungen sind öffentlich. Die Öffentlichkeit kann jedoch zu einzelnen Tagesordnungspunkten ausgeschlossen werden.

§ 8 Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäß einberufene Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Stimmen vertreten ist und die anwesenden Vertreter der Gemeinden und Landkreise wenigstens die Hälfte der vertretenen Stimmen erreichen.

§ 9 Stimmenmehrheit

- 1) Die Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht das KGG oder die Verbandssatzung etwas Anderes bestimmen. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt.
- 2) Einer Mehrheit von zwei Drittel der satzungsmäßigen Stimmen bedarf es zur Beschlussfassung über:
 1. Änderung der Verbandssatzung,
 2. Auflösung des Zweckverbandes,
 3. Beitritt und Ausscheiden von Verbandsmitgliedern,
 4. Änderung der Verbandsaufgabe.

§ 10 Niederschrift

Über die Sitzungen der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen, die von der/dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung oder im Verhinderungsfall von deren/dessen Vertreter/-in sowie der/dem Schriftführer/-in oder der/dem Geschäftsführer/-in zu unterzeichnen ist. Jedem Verbandsmitglied ist binnen vier Wochen eine Abschrift der Niederschrift zuzustellen.

§ 11 Aufgaben

Die Verbandsversammlung ist das oberste Organ des Zweckverbandes. Sie wählt den Verbandsvorstand mit Ausnahme der/des Verbandsvorsitzenden und beschließt über alle wichtigen Angelegenheiten nach Maßgabe des KGG und dieser Satzung. Insbesondere sind ihr zur Beschlussfassung vorbehalten:

1. der Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen,
2. die Aufnahme und das Ausscheiden von Mitgliedern,
3. der Abschluss, die Änderung und die Auflösung von Unternehmerverträgen gem. § 3 Abs. 2 dieser Satzung,
4. der Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen oder privatrechtlichen Verträgen, mit denen der Aufgabenbereich erweitert wird,
5. der Erlass der Haushaltssatzung und die Festsetzung des Investitionsprogrammes,
6. die Bestellung von Sicherheiten, die Übernahme von Bürgschaften und ähnliche Rechtsgeschäfte,
7. die Abnahme der Jahresrechnung und die Entlastung des Verbandsvorstandes,
8. die Festsetzung der Entschädigung für die Mitglieder der Verbandsorgane,

9. die Festlegung der Grundsätze für Dienst- und Anstellungsverhältnisse, insbesondere des Stellenplans,
10. die Bildung von Ausschüssen und deren Aufgaben,
11. die Neufestsetzung der Beteiligung der einzelnen Verbandsmitglieder an der Verbandsumlage, der Stimmenzahl und der Zahl der Vertreterinnen oder Vertreter der einzelnen Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung;
12. die Auseinandersetzung beim Ausscheiden von Verbandsmitgliedern,
13. die Umgestaltung und die Auflösung des Verbandes.

§ 12 Ausschüsse

Die Verbandsversammlung kann zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse Ausschüsse aus ihrer Mitte bilden und Aufgaben, Mitgliederzahl und Besetzung der Ausschüsse bestimmen. Unbeschadet der Regelung in § 11 können bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten den Ausschüssen widerruflich zur endgültigen Beschlussfassung übertragen werden. Die Verbandsversammlung kann jederzeit eine Angelegenheit wieder an sich ziehen, Ausschüsse auflösen und neue bilden.

III. Verbandsvorstand

§ 13 Zusammensetzung und Wahl

- 1) Der Verbandsvorstand besteht aus der/dem Verbandsvorsitzenden, deren/dessen Stellvertreter/-in und einem weiteren Mitglied.
- 2) Verbandsvorsitzende/-r ist die Landrätin oder der Landrat des Kreises Bergstraße oder ein/eine von ihm/ihr bestimmte/-r Hauptamtliche/-r Kreisbeigeordnete/-r. Im Falle der Bestimmung einer/eines Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten übernimmt dieser/diese gänzlich den Verbandsvorsitz.
- 3) Der/die Stellvertreter/-in der/des Verbandsvorsitzenden sowie das weitere Vorstandsmitglied werden nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl, aufgrund von Wahlvorschlägen der einzelnen Verbandsmitglieder aus der Reihe ihrer gesetzlichen Vertreter/-innen oder ihrer Bediensteten gewählt. Die einzelnen Vorstandsmitglieder müssen unterschiedlichen Verbandsmitgliedern angehören. Die Verbandsmitglieder, denen die einzelnen Vorstandsmitglieder angehören, benennen jeweils einen/eine Stellvertreter/-in. Die Vorstandsmitglieder und ihre Stellvertreter/-innen dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder der Verbandsversammlung sein.
- 4) Vorstandsmitglieder, die zur Zeit ihrer Bestellung Bedienstete eines Verbandsmitgliedes sind, scheidern mit Beendigung ihres Dienstverhältnisses aus dem Vorstand aus.

§ 14 Amtszeit, Entschädigung

- 1) Die Vorstandsmitglieder, mit Ausnahme der/des Verbandsvorsitzenden, werden auf die Dauer der Wahlzeit der Vertretungskörperschaften der hessischen Verbandsmitglieder gewählt. Sie üben ihr Amt jedoch auch nach Ablauf ihrer Amtszeit bis zur Wahl des neuen Verbandsvorstandes aus.
- 2) Soweit ein Vorstandsmitglied vor Ablauf der Amtszeit ausscheidet, ist für den Rest der Amtszeit eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger gem. § 13 zu wählen.
- 3) Die Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig.

§ 15 Sitzungen des Vorstandes

- 1) Der Vorstand ist nach Bedarf, mindestens jedoch einmal im Jahr von der/dem Verbandsvorsitzenden schriftlich mit zweiwöchiger Ladungsfrist unter Bekanntgabe der Tagesordnung zu einer Sitzung einzuberufen. In dringenden Fällen kann die Frist bis auf drei Tage abgekürzt werden. In der Einladung ist auf die Dringlichkeit hinzuweisen.
- 2) Die Sitzungen des Vorstandes werden von der/dem Verbandsvorsitzenden, im Falle ihrer/seiner Verhinderung von ihrer/seiner Stellvertreter/-in, geleitet.
- 3) Auf Verlangen von mehr als der Hälfte der Vorstandsmitglieder muss die/der Verbandsvorsitzende unverzüglich eine Sitzung des Vorstandes einberufen.

§ 16 Beschlussfähigkeit

- 1) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde und mindestens zwei Vorstandsmitglieder anwesend oder vertreten sind.
- 2) Wird nach festgestellter Beschlussunfähigkeit eine erneute Sitzung des Vorstandes mit unveränderter Tagesordnung anberaumt, so ist diese ungeachtet der Zahl der erschienenen Vorstandsmitglieder beschlussfähig. Hierauf ist in der erneuten Einladung ausdrücklich hinzuweisen.

§ 17 Beschlussfassung

- 1) Jedes Vorstandsmitglied hat eine Stimme. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der/des Verbandsvorsitzenden den Ausschlag.
- 2) Beschlüsse des Vorstandes können auch im schriftlichen Umlaufverfahren erzielt werden. Sie sind gültig, wenn niemand diesem Verfahren ausdrücklich widerspricht.
- 3) Über die Sitzungen des Vorstandes ist eine Niederschrift anzufertigen, die von der/dem Verbandsvorsitzenden oder deren/dessen Stellvertreter/-in sowie der/dem Schriftführer/-in oder dem/der Geschäftsführer/-in zu unterzeichnen ist.

§ 18 Aufgaben des Vorstandes

Der Vorstand ist die Verwaltungsbehörde des Zweckverbandes:
Er vertritt den Zweckverband, bereitet die Beschlüsse der Versammlung vor und führt sie aus und entscheidet über alle wichtigen Angelegenheiten des Verbandes, die nicht gem. § 11 dieser Satzung der Versammlung vorbehalten sind.

§ 19 Kommissionen

Der Vorstand kann für die Beratung von Verbandsangelegenheiten Kommissionen bilden, denen auch die Erledigung und Beaufsichtigung vorübergehender Aufträge übertragen werden kann. Die Bildung solcher Kommissionen erfolgt in entsprechender Anwendung von § 72 Abs. 2 Satz 1 HGO (Hessische Gemeindeordnung).

§ 20 Aufgaben der oder des Verbandsvorsitzenden

- 1) Die/der Verbandsvorsitzende leitet die gesamte Verwaltung und sorgt für den geregelten Ablauf der Verwaltungsgeschäfte. Ihr/ihm obliegen alle Geschäfte des Verbandes, soweit sie nicht durch Gesetz oder dieser Satzung der Versammlung oder dem Vorstand vorbehalten sind, sowie die Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse des Vorstandes.

- 2) Die/der Verbandsvorsitzende kann in dringenden Fällen, wenn die vorherige Entscheidung des Vorstandes nicht eingeholt werden kann, die erforderlichen, unaufschiebbaren Maßnahmen von sich aus anordnen. Sie/er hat den Vorstand hierüber unverzüglich zu unterrichten.

§ 21 Vertretung des Zweckverbandes

- 1) Der Vorstand vertritt den Zweckverband. Erklärungen des Zweckverbandes werden in seinem Namen durch die/den Vorsitzende/-n oder im Verhinderungsfall durch deren/dessen Stellvertreter/-in abgegeben.
- 2) Erklärungen, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind nur rechtsverbindlich, wenn sie von der/dem Vorsitzenden oder ihrer/-m / seiner/-m Stellvertreter/-in sowie von einem weiteren Mitglied des Vorstandes handschriftlich unterzeichnet sind.
- 3) Abs. 2 gilt nicht für Geschäfte der laufenden Verwaltung, die für den Zweckverband von nicht erheblicher Bedeutung sind, sowie für Erklärungen, die eine oder ein für das Geschäft oder für den Kreis von Geschäften ausdrücklich Beauftragte/-r abgibt, wenn die Vollmacht in der Form des Abs. 2 erteilt ist.

IV. Haushalt und Finanzbedarf

§ 22 Haushaltsplan

- 1) Die Versammlung beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Verbandes und nach Bedarf Nachträge dazu unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Gemeindefinanzrechts (§ 18 KGG). Die Haushaltssatzung kann Festsetzungen für zwei Haushaltsjahre, nach Jahren getrennt, enthalten. Der Vorstand soll den Haushaltsplan so rechtzeitig aufstellen, dass die Versammlung regelmäßig zu Beginn des Haushaltsjahres über ihn beschließen kann.
- 2) Der Haushaltsplan hat alle voraussichtlichen Erträge und Einzahlungen sowie Aufwendungen und Auszahlungen des Verbandes im kommenden Haushaltsjahr zu enthalten.
- 3) Das Haushaltsjahr entspricht dem Kalenderjahr.
- 4) Die Haushalts- und Wirtschaftsführung wird ab dem 01.01.2008 nach den Vorschriften der doppelten kaufmännischen Buchführung durchgeführt.

§ 23 Gebühren

- 1) Sofern die Beseitigungspflicht nicht gem. § 3 Abs. 2 TierNebG auf den Inhaber der Tierkörperbeseitigungsanstalt Lampertheim-Hüttenfeld übertragen wurde, erhebt der Zweckverband zur Deckung der Kosten der Tierkörperbeseitigung Gebühren nach Maßgabe der Bestimmungen des hessischen Ausführungsgesetzes zum TierNebG und des Hessischen Kommunalabgabengesetzes in der jeweils geltenden Fassung.
- 2) Der Zweckverband erlässt für das gesamte Verbandsgebiet eine einheitliche Gebührensatzung. Im Falle der Übertragung der Beseitigungspflicht gem. § 3 Abs. 2 TierNebG wirkt er auf eine einheitliche Entgeltliste für das gesamte Verbandsgebiet hin.

§ 24 Verbandsumlage

- 1) Soweit die Erträge und Einzahlungen des Zweckverbandes zur Bestreitung der Verbandsausgaben nicht ausreichen und die Verbandsaufgaben die Aufbringung finanzieller Mittel erfordern, haben die Verbandsmitglieder Umlagen zu leisten.
- 2) Die Verbandsumlage wird von den Verbandsmitgliedern auf der Grundlage der Einwohnerzahl erhoben.
- 3) Die Höhe der Umlage ist in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr festzusetzen.

§ 25 Verteilungsschlüssel

- 1) Die auf das einzelne Verbandsmitglied entfallende Beteiligung an der Verbandsumlage wird unmittelbar nach Bildung des Zweckverbandes von dem Verbandsvorsitzenden festgesetzt. Danach erfolgt alle drei Jahre, gerechnet vom Zeitpunkt der letzten Festsetzung an, eine neue Festsetzung durch die Verbandsversammlung. Außerhalb dieses Zeitraumes ist eine Anpassung nur beim Beitritt oder Ausscheiden von Verbandsmitgliedern oder mit Zustimmung von zwei Drittel der satzungsmäßigen Stimmen der Verbandsversammlung zulässig.
- 2) Bei der Berechnung sind die in den neuesten Jahresberichten der jeweiligen Statistischen Landesämter ausgewiesenen Einwohnerzahlen zugrunde zu legen.

§ 26 Kassenwesen

- 1) Der Vorstand kann, soweit es die Kassengeschäfte erforderlich machen sollten, eine eigene Verbandskasse einrichten und eine/einen Kassenverwalter/-in bestellen.
- 2) Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Kassengeschäfte des Zweckverbandes durch die Kreiskasse des Kreises Bergstraße gegen Zahlung eines jährlichen Entgeltes wahrgenommen.
- 3) Die Kassenaufsicht übernimmt das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Bergstraße.
- 4) Auf das Verhältnis zwischen Kassenverwalter/-in und Vorstandsmitgliedern findet § 110 Abs. 4 HGO entsprechende Anwendung.

§ 27 Kredite

Der Verband ist berechtigt, investive Auszahlungen des Finanzhaushaltes durch Kredite zu finanzieren.

§ 28 Prüfung der Jahresrechnung; Entlastung

- 1) Der Jahresabschluss wird vom Vorstand innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres aufgestellt. Der Jahresabschluss ist durch einen Bericht zu erläutern. Die Verbandsversammlung und die Aufsichtsbehörde sind unverzüglich über die wesentlichen Ergebnisse des Jahresabschlusses zu unterrichten. Der Jahresabschluss mit Unterlagen ist innerhalb des folgenden Haushaltsjahres dem Rechnungsprüfungsamt des Kreises Bergstraße zur Prüfung vorzulegen.
- 2) Die/der Verbandsvorsitzende erteilt im Einzelnen den Prüfungsauftrag und teilt das Ergebnis der Prüfung der Aufsichtsbehörde mit.
- 3) Der Jahresabschluss und der Prüfbericht sind von der/dem Verbandsvorsitzenden umgehend der Verbandsversammlung zur Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes vorzulegen.

V. Verwaltung

§ 29 Geschäftsstelle

- 1) Soweit es die Arbeiten der Verbandsverwaltung erfordern, wird vom Vorstand eine Geschäftsstelle eingerichtet.
- 2) Der Vorstand kann zur Führung der laufenden Geschäfte des Zweckverbandes eine/einen Geschäftsführer/-in bestellen, die ihre/seine Aufgaben nach näherer Weisung durch die/den Vorsitzende/-n wahrnimmt. Ihr/ihm können durch Beschluss des Vorstandes bestimmte Geschäfte oder Kreise von Geschäften zur selbständigen Erledigung übertragen werden. Im Rahmen der übertragenen Geschäfte vertritt sie/er den Zweckverband. Geschäftsführer/-in und Kassenverwalter/-in ist ein angemessenes Entgelt zu gewähren. Tagegelder und Reisekosten werden nach den gesetzlichen Bestimmungen gezahlt.
- 3) Solange der Verband keine eigene Geschäftsstelle eingerichtet hat, wird der sächliche Verwaltungsaufwand (Diensträume, Büro- und Schreibmaterial; Telefon u.a.) von dem Kreis Bergstraße getragen. Er stellt auch das erforderliche Personal. Als Gegenleistung erhält der Kreis Bergstraße eine jährliche Kostenpauschale.

§ 30 Dienstkräfte

Der Vorstand kann weitere Angestellte und Arbeiter/-innen einstellen, soweit die Versammlung solche Stellen im Stellenplan und die notwendigen Haushaltsmittel bewilligt hat.

§ 31 Öffentliche Bekanntmachung

- 1) Öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes erfolgen, soweit gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist, auf der Internetseite des Kreises Bergstraße unter www.kreis-bergstrasse.de unter Angabe des Bereitstellungstages. Auf die Bekanntmachung im Internet wird im „Staatsanzeiger Land Hessen“, im „Main-Echo“ und im „Mannheimer Morgen“ nachrichtlich hingewiesen.
- 2) Bekanntmachungsgegenstände, die sich für diese Art der Veröffentlichung nicht eignen oder für die die Auslegung vorgeschrieben ist, werden auf die Dauer von zwei Wochen öffentlich ausgelegt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Vor dem Beginn der Auslegung sind Ort, Tageszeit und Dauer der Auslegung sowie für den Auslegungsgegenstand erteilte Genehmigungen nach Abs. 1 Satz 1 so bekannt zu machen, dass die Bekanntmachung vor Beginn der Auslegung abgeschlossen ist.
- 3) Die Verbandsmitglieder können durch Veröffentlichung in ortsüblicher Form auf die öffentlichen Bekanntmachungen des Zweckverbandes hinweisen. Diese Hinweise sind keine Wirksamkeitsvoraussetzungen für die öffentliche Bekanntmachung nach Absatz 1 und 2.
- 4) Der Landrat/die Landrätin des Kreises Bergstraße oder der/die von ihm/ihr an seiner/ihrer statt bestimmte Hauptamtliche Kreisbeigeordnete ist ermächtigt, die Verbandssatzung mit dem Genehmigungsvermerk der Aufsichtsbehörde für den Zweckverband namens des Vorstandes nach Absatz 1 öffentlich bekanntzumachen.

§ 32 Aufsicht

- 1) Der Zweckverband steht unter der Aufsicht des Regierungspräsidiums Darmstadt.
- 2) Oberste Aufsichtsbehörde ist das Hessische Ministerium des Innern und für Sport.

§ 33 Genehmigungspflichtige Geschäfte

Der Zweckverband bedarf im Rahmen des § 18 KGG der Genehmigung der Aufsichtsbehörde:

- a. zum Gesamtbetrag der in der Haushaltssatzung vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen,
- b. zur Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen und ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften, soweit sie nicht im Rahmen der laufenden Verwaltung abgeschlossen werden.

VI. Schlussvorschriften

§ 34 Weitere Rechtsgrundlagen

Auf den Zweckverband finden die Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung ergänzend Anwendung, soweit nicht das KGG oder diese Verbandssatzung etwas anderes bestimmen.

§ 35 Schiedsgericht

- 1) Über alle Streitigkeiten des Zweckverbandes mit seinen Mitgliedern sowie der Mitglieder untereinander aus dem Verbandsverhältnis entscheidet unter Ausschluss des Verwaltungsrechtsweges ein Schiedsgericht endgültig.
- 2) Das Nähere regelt ein Schiedsvertrag.

§ 36 Auflösung, Ausscheiden von Verbandsmitgliedern

- 1) Im Falle der Auflösung des Zweckverbandes ist das noch vorhandene Vermögen zu verwerten.
- 2) Die bestehenden Verbindlichkeiten sind abzudecken. Fehlbeträge und Überschüsse werden auf die Verbandsmitglieder entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 25 aufgeteilt.
- 3) Die Abwicklung wird durch den Vorstand in der Besetzung vor der Auflösung des Zweckverbandes vorgenommen.
- 4) Im Falle des Ausscheidens von Verbandsmitgliedern haben diese die dem Verband hierdurch entstehenden Kosten zu tragen. Für die Berechnung eventueller gegenseitiger Ansprüche gelten die Bestimmungen zur Berechnung der Umlage gemäß § 25 in sinngemäßer Anwendung. Die Entscheidung hierüber trifft die Verbandsversammlung.

§ 37 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Hüttenfeld, 02.11.2022

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd



Diana Stolz
Verbandsvorsitzende